

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1, 20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg. Inzerate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 2537

Nr. 21.

Danzig, den 12. März 1913.

4. Jahrgang

1250 000 000

Markt und mehr verschlingt die neue Militärvorlage, die dem Volke im Jahre des Jubiläumsskeleriums von der Reichsregierung auf dem Präsentierteller dargebracht wird. Der Rüstungswahnsinn übersteigt bei uns alle Grenzen und mit uns sind alle andern Nationen genötigt, das Exempel dadurch auszugleichen, ebenfalls ihre Militärmacht auf eine ungeahnte Höhe zu bringen. Der Rüstungstoller kennt kein Erbarmen, ziellos steuert er dahin, dem arbeitenden Volke zum Wehe, den begüterten Klassen zum Wohl. Man versucht nun dem Volke die neue Militärvorlage dadurch schmachtlos zu machen, indem man ausgeklügelt hat, daß zur Deckung der ungeheuren Kosten von einundneunzig Milliarden der Besitzenden zur Aufbringung dieser Summe herangezogen werden sollen. Man will dadurch verhindern, daß der prinzipielle Opposition, die selbstverständlich mit wenigen Ausnahmen nur von der Sozialdemokratie vertreten wird, eine neue Handhabe zur Agitation gegen den Militarismus gegeben wird. Man fürchtet offenbar, daß die Sozialdemokratie durch Aufbringung der Mittel in Form von Verbrauchsteuern immer neue Anhänger gewinnen würde. Die vierundneunzig Millionen Stimmen, die die Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen gemustert hat, liegen der bürgerlichen Gesellschaft, ohne Ausnahme, schwer im Magen. Trotz der gehässigen und gemeinsten Agitationsweise der bürgerlichen Parteien bei allen Anlässen ist es diesen nicht gelungen, die verbende Kraft der Sozialdemokratie einzuzwingen oder zu brechen. Jedoch haben sich aus den verschiedenen Kreisen schon Stimmen vernommen lassen, die den Vorschlag der Aufbringung der Mittel durch die besitzenden Klassen mit recht gemäßigten Gefühlen betrachten. So schreibt z. B. die nationalliberale „Kölnische Zeitung“ über die Aufbringung der Mittel durch die Vermögensbesteuerung:

Nach einer unverbundlichen Schätzung glauben wir, daß man bei kleineren Vermögen von 50 000 Mk. an aufwärts mit einem halben Prozent beginnen müßte; daß die Millionenvermögen ein Prozent abgeben müßten, und daß der Satz bei Riesenermögen vielleicht auf zwei Prozent zu steigen hätte.

Daraus ersieht man, daß die Opfer sehr erheblich sind, die nach dem neuen Vorschlag der Regierung von den Besitzenden verlangt werden. Es ist sicher, daß sich in vielen Fällen große Schwierigkeiten zeigen werden, die Gelder freizumachen, die das Reich verlangt. Dennoch glauben wir, daß unser Volk jetzt, wo ringsumher die Rüstungsmauern immer höher steigen (durch Deutschland angeregt! D. Red.) und die politische Atmosphäre von Spannungen überhaup nicht mehr frei werden will (?), sich bereit finden wird, auch diese schweren Opfer auf sich zu nehmen.

Wenn sich trotzdem Widerstände melden, und wenn diesen Leuten der Einsatz, den die Regierung heute verlangt, zu hoch erscheint, dann liegt unfers Erachtens der nicht geringste Teil der Verantwortung dafür bei unserer Heeresverwaltung. Sie hat bis ins jüngste Jahr hinein die deutsche Bevölkerung in dem Glauben gelassen, daß unsere Rüstung für alle Fälle stark genug sei; sie hat noch vor ganz kurzer Zeit in einer Behrvoilage ihre Forderungen niedergelegt, und diese Forderungen sind von allen bürgerlichen Parteien freudig bewilligt worden; heute nach wenigen Monaten, kommt sie mit dem Verlangen nach einer Heeresvermehrung, deren Kosten alle Erwartungen übersteigen.

Sie fordert vom Volke eine Opferwilligkeit ohne gleichen.

Man wird den großen Gedanken, der in dem Regierungsvorschlag steckt, nicht verkleinern wollen; aber man muß dem Volke Zeit lassen, sich in das Einkugstempo zu schiden, das unsere Heeresverwaltung so plötzlich eingeschlagen hat; man muß ihm Gelegenheit geben, die Gründe für den Meinungswechsel kennen zu lernen, der an den leitenden Stellen offenbar eingetreten ist. Von der Berechtigung dieser Gründe müssen auch wir unser endgültiges Urteil abhängig machen.

Man sieht daraus, daß das führende nationalliberale Organ gar nicht so sehr patriotisch ist, wenn es sich um die Besteuerung des Besitzes handelt.

Nun soll, nach der „Milit.-pol. Korr.“ die Vermögensabgabe so gedeckt sein, daß die Vermögens von 30 000 bis 50 000 Mark bleiben sollen. Auch sollen die Fürsten, die sonst keine Steuern zu zahlen brauchen, zu diesem „Opfer“ herangezogen werden. Wir sind jedoch der Meinung, daß eine Besteuerung von 1 bis 2 Prozent ganz ungenügend ist.

Selbstverständlich sind die Junker nun ganz und gar nicht mit dieser Deduzation nach dem Vorschlag der Regierung einverstanden. Wie gewöhnlich sucht sich diese bevorrechtete Klasse um eine Vermögensabgabe herumzudrücken. Das preussische Junkerorgan, die „Kreuzzeitung“, weist auch auf den weiteren Ausbau der indirekten Steuern, das Volk schwer belastenden, Steuern hin. Das edle Organ der ostelbischen Junker schreibt:

Die Heranziehung des Besitzes darf nicht jedes Maß und jede Grenze überschreiten, und das einmalige große Opfer, das bei Durchführung des jetzt aufgestellten Rüstungsplanes den Besitzern der größten Vermögen einseitig auferlegt werden soll, kann naturgemäß nicht unbeachtet bleiben, wenn es sich um den weiteren Ausbau der Reichsfinanzen handelt. Die Rüstung des Reiches kommt, wie wir hier stets betonen, allen Bevölkerungsklassen zugute, nicht zuletzt den hocharbeitenden Klassen. (Wer lacht da?) Deshalb scheint es uns durchaus am Blöde, schon jetzt darauf hinzuwirken, daß auch das System der indirekten Besteuerung, das in fast allen Kulturländern immer noch weit stärker ausgebildet ist, als bei uns, auf die Dauer unmöglich so vollständig in der Verjüngung verschwinden kann, wie das jetzt der Fall ist. (!)

Das ist eine offene Sprache, die des von uns Gesagte über die Steuerdrückbergerei der Junker vollinhaltlich bestätigt. Auch meint das Blatt, daß durch diese einmalige Vermögensabgabe, der erste Schritt zur Reichsvermögenssteuer getan werde, der dann konsequenterweise zu der so verhassten Reichseinkommensteuer führen muß. Es ist sehr bezeichnend für die „Kreuzzeitung“, die am eifrigsten und schamlosesten für die Heeresvermehrung eintritt, sofort gegen jede Heranziehung der besitzenden Klassen und ein-

lich auch der Fürsten protestiert. Das Blatt findet auch, und es muß ja seine Leute kennen, daß ein solcher Deckungsplan nicht allzuviel Werbetauf haben würde; es hält eine solche Kriegssteuer für unpraktisch (natürlich) und malt das Gespenst der Expropriation an die Wand. So sehen die „waren“ Patrioten aus, die um Herbeibrand und Oldenburg-Januschau, Mausfelden-Patrioten, weiter nichts. Die Erstklassigen, die Edlesten und Besten der Nation; den Patriotismus im Munde, aber beide Hände auf dem Portemonnaie. Wenn andere bezahlen, läßt es sich sehr schön an patriotische Phrasen zu dreschen.

Daß bei diesem Steuervorschlage die konservativen Organe auch nach dem mobilen Kapitale hinüberzeigen, ist erklärlich. Zunächst müßte das mobile Kapital besteuert werden, ehe man an den Grundbesitz, der schon so schwer belastet sei, herantrete. Wem kämen bei diesen Ergüssen voll Behmut nicht die Tränen in die Augen, beim Anblick der geknickten Strohdächer der Junker. Aber auch in liberalen Organen mehrten sich die Proteste gegen eine Vermögenssteuer. So schreibt die „Wolfsche Zeitung“, das Organ der Fortschrittspartei:

Die einmalige Reichsvermögensabgabe ist so ziemlich eine Bankrotterklärung der Finanzverwaltung. Die Regierung weiß nicht mehr, wie sie die Ausgaben decken soll, und deshalb greift sie zu dem letzten Mittel, zu einem verzweifellen Mittel, wie es nur im Kriegsfall erhört ist. Man denkt unwillkürlich an das Mittelalter, wo das Reich einer geordneten Finanzwirtschaft entbehrt. Aber daß ein moderner Staatsmann in Friedenszeiten seine Zuflucht zu einer Abgabe nimmt, wie sie in modernen Finanzsystemen nirgends einen Platz hat, das muß Verwunderung erregen. Die ganze Vermögensabgabe wäre vielleicht nicht vonnöten, wenn man sich entschloße, eine durchgreifende, folgerichtige Besitzsteuer einzuführen, die „Finanzreform“ volkstümlich zu gestalten und ausschweifenden Forderungen deutscher Chauvinisten den gebührenden Widerstand zu leisten.

Also auch die Tante „Woh“ ist nicht sehr erbauet von einer einmaligen Vermögenssteuer.

Man sieht hieraus, wie wenig populär die Steuervorschläge Bethmann-Hollwegs unter den besitzenden Klassen sind. Der Rüstungstoller zeitigt die erstaunlichsten Glibberverrentungen in Steuervorschlägen. Der Standpunkt Bismarcks, daß die Heeresstärke Deutschlands ein Prozent der Bevölkerung betragen soll, ist längst verlassen und wird durch die neue Verneuerung unserer bewaffneten Macht bedeutend, um rund 160 000 Mann, überschritten. Nach der neuesten Berechnung wird nach der jetzigen Vorlage die künftige Heeresstärke Deutschlands 800 000 Mann betragen. Demnach beträgt die Heeresstärke zur Bevölkerung einundneunzig Prozent. Wenn in dem Standpunkte Bismarcks System lag, so wird jetzt jedoch system- und koplos bis ins Unendliche gerüstet.

Schon jetzt ist klar, daß im letzten Stadium man mag reden, was man will — doch nur die vermehrten Heeressteuern vom arbeitenden Volke ausgebracht werden müssen. Darum fort mit allen stehenden Heeren, die nicht nur gegen den äußeren, sondern vornehmlich gegen den „inneren“ Feind gehalten werden, fort mit dem volksfeindlichen Militarismus und an dessen Stelle die Errichtung einer wahren Volkswehr, aufgebaut auf demokratischer Grundlage. Das muß das Ziel der klassenbewußten Arbeiterschaft sein.

Der Zentrumsgeistliche.

Das Zentrum stützt sich auf die geistliche Agitation, die christlichen Gewerkschaften nicht minder. Der Katholische Volksverein, der Windthorstbund, die „Fius-, Leo-, Borromäusvereine, die konfessionellen Arbeiter- und Arbeiterinnenorganisationen, alle sind sie auf die Agitation der Geistlichen angewiesen. Ohne die geistliche Hilfe läße es bei ihnen ganz gewiß bedenklich aus. So aber betreiben neben ihrer religiösen Tätigkeit die katholischen Geistlichen eine regsame und erfolgreiche Werbearbeit für die politischen, konfessionellen und beruflichen Organisationen. Und was den letzten zugute kommt, daß Staat und Gemeinde einen Teil der Bezahlung für die geistliche Organisationsarbeit, die oft genug bis zur wüsten Heße ausartet, auf sich nehmen müssen.

Wer sich als Geistlicher der politischen und gewerkschaftlichen Hebearbeit verschließt, wird in Zentrumskreise nicht für voll angesehen, der ist oft sehr läbel daran. Was Wunder schließlich, wenn Geistliche herkommen, und sogar ihre kirchliche Stellung zu stärken versuchen mit Hinweisen auf ihre politische und gewerkschaftliche Tätigkeit. Wenn sie ihren Widersachern entgegenreten und erklären: Seht, das sind die Früchte unserer politischen Tätigkeit, wer will uns was. Wir haben unsere politischen Zentrumspflichten erfüllt. Ein solcher Geistlicher ist auch der Pfarrer von Bert in Altentessel-Saarabien. Von Bert unterstützt die Köln-M.-Gladbacher Richtung in der Zentrumsbewegung, was gleichzeitig bedingt, daß er sich auch der christlichen Gewerkschaften annimmt. Ganz besonders jetzt, wo im Saarrevier und auch am Wirkungsort von Berts infolge der verpöblichten christlichen Lohnbewegung die Sozialdemokratie und der Bergarbeiterverband einzubrechen drohen.

Da hat vor mehreren Wochen der Bergarbeiterverband in Altentessel eine vollenproppige Versammlung abgehalten und dem roten Referenten ist starker Beifall gezollt worden. Die sogenannte Berliner Richtung im Zentrum, die im Saarrevier in der gleichen Stärke dominiert als die M.-Gladbacher, aber mit dieser in bekannter Fehde liegt, hat nicht uncrlassen, diesen Beifall als Frucht der M.-Gladbacher Vorarbeit hinzustellen. Und da der Pfarrer v. Bert wie erwähnt, der letzteren Richtung angehört, so wird er mit für diesen roten Verbandserfolg verantwortlich gemacht. Ein wocher langer Zeitungskrieg tobte wegen der Versammlung zwischen den Organen der beiden Zentrumsorganisationen, wobei Herr von Bert auf der einen Seite die bedeutende Rolle spielt. Während und schmerzzerfüllt wehrt er die Angriffe ab, als sei er bisher gegen die Roten nicht auf dem Posten gewesen. Besser wie die Berliner! Und um diese ein für allemal zu überzeugen, daß vernehmlich er sich als der gewaltigste Kämpfer gegen Umsturz und Unglauben erwiesen hat, hielt Bert selbst eine Versammlung ab, die als Demonstration gegen die „Berliner“ und gegen die „Roten“ zugleich dienen sollte.

Bert hatte lange geredet, aber nichts sollte seine Fähigkeiten als großer Kämpfer mehr beweisen, als seine Hinweise auf die Erfolge, die er seit seinem Amtsantritt als Seelforger und Politiker in Altentessel (1907) erreicht habe. Die Zahl der Kommunikanten sei gestiegen, die Mitgliedschaft im Bergmannsverein, im katholischen Arbeiter- und Jünglingsverein gleichfalls. Ziffernmäßig wies Bert in der Versammlung die Steigerungen der Mitgliedschaften nach. Aber das allein genigte ihm auch noch nicht, auch das Zentrum hat von seiner Tätigkeit einen vollen Erfolg gehabt, wie das folgende Aufstellung nachweist:

Wahl 1903.
Zentrum 333, Liberal 411, also 78 liberale Stimmen mehr als Zentrum.

Wahl 1907.
1. Hauptwahl: Zentrum 600, Liberal 425, Soz. 29.
2. Stichwahl: Zentrum 641, Liberal 448 (Zentr. plus 193).

Wahl 1912.
1. Hauptwahl: Zentrum 803 (1907: 600, also + 203), Liberal 444 (425), Soz. 29.
2. Stichwahl: Zentrum 850 (641, also + 209), Liberal 449 (444, also + 5).

In Stichwahl 1907 hat Zentrum mehr 193 Stimmen als Liberale.

In Stichwahl 1912 hat Zentrum mehr 101 Stimmen als Liberale.

In Hauptwahl 1907 hat Zentrum mehr 175 Stimmen als Liberale.

In Hauptwahl 1912 hat Zentrum mehr 359 Stimmen als Liberale.

Zentrum in Hauptwahl 1912 = 203 Stimmen mehr 1907.

Zentrum in Stichwahl 1912 = 209 Stimmen mehr 1907.

„Diese Zahlen“, so sagte Bert, „reden eine deutliche Sprache und jede weitere Bemertung dazu würde ihre unmittelbare und starke Wirkung abschwächen.“ Die in der Versammlung anwesenden Zentrumsanhänger jubelten ihrem Pfarrer zu und dieser zog dann stolz wie ein Sieger nach Hause.

Uns zeigen die Zahlen in der Tat die kräftige Agitationsstütze, die das Zentrum in der katholischen Geistlichkeit besitzt. So wirken tausende Pfarrer und Kaplanen und um das Zentrum wäre es bald geschehen, wenn es durch eine der katholischen Kirche zumiderlaufende Politik sich die Mitarbeit der katholischen Geistlichkeit verscherte. Wenn dem Zentrum trotzdem nicht die Bäume in den Himmel wachsen, so liegt das daran, daß die von ihm und von der Kirche gestützte Politik eine reaktionäre und volksfeindliche ist. Wäre es anders, der sozialdemokratische Redner hätte in seiner Versammlung in Altentessel nicht den Beifall geerntet, über den sich die M.-Gladbacher und Berliner seit Wochen so sehr aufregen.

Politische Übersicht.

Zur Dreihunderthahfeier der Romanows.

Der Blutzar als Gnadenpendler. In einem schwülstigen Manifest, das die Verdienste der Romanows und „aller dem Zaren ergebenden Leute ohne Unterschied des Standes und der Stellung“

zusaq uaq wo sajnq souq uoq eq jöq 13 Jprouaq -bug uauq snoujqq iqujraa 'raaj, swosq saq uoqsnq uaq jöq Nikolaus ordnet darin Maßnahmen zur Verjorgung der Waisen der Landbevölkerung ohne Unterschied der Konfession an, ferner die Verwendung von 10 Millionen Rubel aus Mitteln der Adelsagrarkant zur Vergrößerung des Grundkapitals der Knie- stiftungskassen des Adels auf Gegenseitigkeit und von 50 Mil. Rubel zur Schaffung eines unantastbaren Fonds zur Verbesserung der Lage des Aderbaues; weiter werden Steuern und Geldstrafen verschiedener Art erlassen, Vergünstigungen für Staatsbeamte und ihre Familien, eine Amnestie für bis zum 6. März begangene Verbrechen und die Wiederaufnahme von Studierenden verjügt, die wegen Teilnahme an verbotenen Versammlungen relegiert sind, sofern sie nicht die Abhaltung von Vorlesungen gewaltsam verhindert haben. Eine Amnestie für gemeine und Staatsvergehen bis zum 6. März wird verkündet, zum Tode Verurteilte werden bis zu zweijähriger Zwangsarbeit begnadigt. Russische Untertanen, die ohne Erlaubnis im Auslande weilten, dürfen nach Rußland zurückkehren. Strafen für Vergehen gegen Bestimmungen zur Wahrung der Staatsordnung und öffentlichen Ordnung werden erlassen, wegen politischer Unzuverlässigkeit unter Polizeiaufsicht stehenden wird die Zeit der Aufsicht verkürzt. Für Finnland ordnet der Gnadenherläch an, daß 10 Millionen Rubel zum Bau und Umbau von Heilanstalten als Jubiläumstiftungen verwandt, Geldstrafen bis zu 500 finnischen Mark und Gefängnisstrafen unter einem Jahre erlassen und eine Amnestie für Amtsvergehen verjündet werden soll, falls sie bis zum 6. März nicht gerichtlich verurteilt sind, das Urteil nicht ausgeführt oder die Strafe nicht verbüßt ist; so weit aber mit der Strafe Ehrverlust oder Dienstverhältnis verknüpft ist, soll nur eine Herabsetzung der Strafezeit zulässig sein. Durch diesen zweiten kaiserlichen Erlaß werden Disziplinarrstrafen für die Arme und Marine gemindert oder abgeschafft und die Beförderungen beschleunigt.

Die Angaben über die Amnestie sind so summarisch, daß sich ihre Tragweite vorerst noch nicht feststellen läßt. Es ist indes auf alle Fälle sicher, daß sie nicht sehr weit gehen wird.

Deutschland.

Zur neuen Heeresvorlage.

Verstärkung der vorhandenen Formationen. Ueber die Heeresvermehrungen werden in der bürgerlichen Presse nähere Angaben gemacht. Eine Neuaustellung besondeer Formationen soll nur in ganz beschränktem Umfange erfolgen, dafür verstärkt werden. Die Friedensstärke jeder Infanterie-Kompagnie soll mindestens 160 Mann betragen. Auch die Kavallerie soll auf den hohen Etat gebracht werden.

Deckungspläne. Ueber die beabsichtigte Deckung der laufenden Ausgaben der Militärvorlage kursieren allerlei untontröckere Gerüchte. Die „Berliner Volkszeitung“ erzählt, daß der Plan eines Kalimonopols bestehe, daß man auch an andere

... in gewöhnlicher Schrift aufgenommen und das Protokoll angefertigt. Dabei habe er das Wort jeweils in gewöhnlicher Schrift deutlich niedergeschrieben.
Der Protokollführer Vonderbeck und der Amtsgerichtsklerikale Borchlingert am 24. Juli als Schöffen, ohne sich etwas näheres von der Verhandlung erinnern zu können.
Der Vorsitzende ließ bei dieser Gelegenheit die Bemerkung anfallen, daß Verhandlungen gegen sozialdemokratische Gewerkschaftsführer immer sehr lange dauerten.
Amtsgerichtsrat Meißner bestätigte, daß Hefler ihm von vornherein gesagt habe, daß im März Holz die Musik bezahlte.
Gerichtsassessor Kauderich war vor dem Schöffengericht als Vertreter des Rechtsanwalts Rosenbaum Verteidiger der Angeklagten. Auch er konnte sich Einzelheiten aus der Verhandlung nicht mehr erinnern.
Musiker Drippke hat häufiger mit Hefler im Holzischen Lokale gespielt. Anfänglich bezahlte Holz das Geld an Hefler, später gab es aber Temp oder der Maurer Klatt als Vertreter der Organisationen.
Maurer Klatt war Tanzordner im Holzischen Lokale. Für gewöhnlich habe Brill das Geld für die Musik gegeben, aber auch er. Wenn die Einnahme bei kleineren Vergnügen nicht ausreichte, so habe Holz einen Zuschuß zur Musik gegeben. Klatt hat aber die Musiker stets in der Ansicht befestigt, daß das Geld allein von den Organisationen gegeben wurde. Er war der Überzeugung, daß die Musiker glauben mußten, sie würden allein von den Vereinen bezahlt.
Barbier Potrafke war Arbeitgeber des Hefler und hat mit ihm auch bei Holz zur Tanzmusik aufgespielt. Auch er kann nicht in Abrede stellen, daß die Bezahlung nicht von Holz, sondern meistens von anderen Personen erfolgte. Er gibt aber der durch nichts begründeten Vermutung Ausdruck, daß dieses pro forma geschähen sein könne. Er muß aber bestätigen, daß er selbst Quittungen auf die Vereinigungen lautend unterschreiben mußte. Er behauptete, daß Brill, der selbst angeklagt war, am Tage des Schöffengerichtstermins in seinem Geschäft gesagt habe, er müsse alles daran setzen, um Holz herauszureißen. Auch habe Hefler zugegeben, falsch geschworen zu haben. (B. ist der Mann, der nach eigener Angabe nur aus Geschäftsinteresse in den Sozialdemokratischen Verein eintrat und sofort zum Kriegerverein überging, als ihm das vorgehalten wurde. D. Red.)
Hefler bestritt entschieden die Richtigkeit dieser Aussage.
Der pensionierte Lokomotivführer Gallitsch ist 62 Jahre alt und etwas schwerhörig. Er will in einem Tage im August oder September zu Potrafke gekommen sein. Dabei habe ihm dieser erzählt, daß Hefler aus Gefälligkeit falsch geschworen habe. Nach einigen Tagen habe er den Hefler selbst getroffen. Worauf ihm dieser offen gesagt haben soll, daß er einen Meineid geleistet habe. Er wünschte von ihm zu wissen, wie er sich nun zu verhalten habe. B. will darauf erwidert haben, fragen Sie doch Ihre Parteileitung, denn wenn ich etwas sage, ist morgen das Rießblatt (damit meinte der objektive Zeuge die Volkswacht. D. Red.) voll. Er will H. aber trotzdem geraten haben, die falsche Aussage bei der Gerichtsschreiberei zu widerrufen. Als Ursache für den falschen Eid soll H. angegeben haben, daß er das Lokal von Holz nicht schädigen wollte, um nicht den Verdienst für die Musik zu verlieren.
Auf eine Frage des Verteidigers erwiderte Gallitsch, wenn Hefler später etwas anderes über sein Geständnis äußerte, so habe er das wohl nur getan, weil er sich in der Zwischenzeit wahrscheinlich mit Brill und der Parteileitung verständigt habe.
Der Sattler Walter und der Ladierer Schwitalstki wollen ebenfalls zur Zeit des Termins von Hefler eine Äußerung gehört haben, aus der sie folgerten, daß er falsche Angaben gemacht habe. Es ergibt sich indes, daß es sich um eine recht belanglose Bemerkung handelt, über deren Inhalt vollkommene Unklarheit herrscht. Festgestellt wird indes, daß Hefler dem Schwitalstki gedroht habe, er würde ihn verklagen, wenn er weiter das Gerücht verbreite, daß er falsch geschworen habe!
Der jetzige Privatier Holz erklärte, daß er bei kleinen Vergnügen mit ungenügender Einnahme für die Musik aus eigener Tasche zuzahlte. Auch nach seiner Überzeugung mußten die Musiker glauben, daß sie nur von den Vereinen bezahlt wurden.
Gewerkschaftsbeamter Brill wurde vom Vorsitzenden von vornherein verwarnet, seine Aussagen so einzurichten, daß er sie bekräftigen könne. Er gab an, daß er am 1. April nach Odra zog. Schon vorher habe er einige Vergnügen arrangiert, später fast alle. Die Musiker bezahlte er in der späteren Zeit fast immer selbst. Brill bestritt, daß er zu Hefler gesagt habe, Holz müsse auf jeden Fall herausgerissen werden.
Auf den Antrag des Staatsanwalts beschloß das Gericht, Holz und Brill wegen des Verdachtes der Anstiftung nicht zu verurteilen.
Der Staatsanwalt ließ die Erklärung Heflers durch die ungenügende Befragung vor dem Schöffengericht nicht gelten. Er hätte nicht nur über die Bezahlung nach seiner Krankheit, sondern auch vor derselben aussagen müssen. Den Beweis für den wissentlich falschen Eid sah der Ankläger in dem von Potrafke und Gallitsch behaupteten Geständnis. Auch der Staatsanwalt nahm an, daß Hefler den Widerzweifel unterließ, weil er sich bei seinen Parteigenossen informiert haben dürfte. Von einem sehr schlüssigen Eide könne gar keine Rede sein.
Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heymann, wies nach, daß gerade der Protokollführer Klammer die Angaben des Hefler über die Art seiner Vernehmung bestätigt habe. Es sei auch keine neue Erfahrung, daß trotz gründlicher Verhandlung die letzten Zeugen nur noch abgekurzt gehört würden. Zudem existiere nicht einmal eine genaue Wiedergabe der als falsch behaupteten Zeugenaussage. Die Erklärung des Angeklagten habe die logische Konsequenz für sich. Dazu fehle vollständig eine begriffliche Ursache für einen Meineid. Die Rücksicht auf die 5 Mark Musiklohn könne es doch gar nicht gewesen sein, weil Hefler sich doch sogar mit Holz erzuhr hatte. Auch die Ansicht des Staatsanwalts, daß Hefler seine Parteigenossen herausreißen wollte, sei unhaltbar. Hefler war ja gar kein überzeugter Sozialdemokrat und habe sich als solcher nur auf Anraten seines Chefs bezeichnet. Auch zu Meißner habe er doch sofort erklärt, daß Holz ihn bezahlt habe. Auf das angebliche Selbstgeständnis zu Potrafke und Gallitsch sei kein Wert zu legen. Selbstzugeständnisse kommen gar nicht selten vor. Häufiger beschuldigten sich Leute, die die behaupteten Vergehen niemals getan hätten. Es fehle auch durchaus der Moment der Anstiftung. Deshalb beantrage er Freisprechung, eventuell nur Übernahme des schließlichen Faltscheides. Nach nur 20 Minuten langer Beratung sprachen die Geschworenen den Angeklagten des wissentlich falschen Eides für schuldig.
Nach dem Antrage des Staatsanwalts verurteilte ihn das Gericht zu drei Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf die Dauer von fünf Jahren. Lebenslanglich wurde ihm das Recht, als Zeuge und Sachverständiger zu fungieren, genommen.
Der Verurteilte nahm das Urteil weinend entgegen. Die Motive für das Urteil, daß den Angeklagten zum bürgerlichen Tode verdammt, haben wir einleitend zu verstehen gemacht. Unbegreiflich bleibt der Spruch der Geschworenen trotzdem. Schlimmerfalls dürfte der Verurteilte, wofür auch keine Beweise vorliegen, etwas renommierulchtig sein. Für einen Faltscheid läßt abseits jedes auch nur halbwegs verständliche Motiv. Ganz und gar entfällt die Annahme, daß H. mit Rücksicht auf die Partei etwas Unrichtiges beschworen haben könnte. Dazu hätte doch allen Umständen gehört, daß er sich ihr innerlich verbunden fühlte. Das genaue Gegenteil war doch aber der Fall. Denn H. folgte doch

... nur dem unredlichen Räte seines geschäftserfahrenen Chefs Potrafke, als er sich bei dem Sozialdemokratischen Verein Danzig-Land anmeldete. Bei seiner Vernehmung stand auch kein anderes irgendwie erhebliches Interesse in Frage. Es handelte sich doch nur um Strafmandate in Höhe von 15 und für Holz von 60 Mark. Man mag also suchen, wo man will, man kommt zwingend zu dem Schluß, daß unter all diesen Umständen nur ein komplett Verdrückter einen falschen Eid geschworen haben könnte.
Die Geschworenen waren leider anderer Ansicht. Und auch das Gericht machte von seinem Recht, den Spruch als iwig aufzuheben, keinen Gebrauch.

Die rote Kranzschleife „nichts Ungewöhnliches“.
Wie unseren Lesern noch in Erinnerung sein dürfte, brachte die „Volkswacht“ eine Notiz über das Begräbnis des Bauarbeiters Semmelroth vom 24. November 1912.

Dieses Begräbnis erregte bei der Polizei insofern großes Aufsehen, weil die Organisation dem Wunsche des Verstorbenen nachkam und ihm einen Kranz mit roter Schleife widmete, welcher durch Kollegen des Trägerkorps dem Sarge vorangetragen wurde. Der Leichenkondukt hatte sich bereits durch mehrere Straßen der Stadt bewegt, ohne daß es der Polizei einfiel, daß dieses ein ungewöhnliches Leichenbegängnis sei. Auf Neugarten sollte diesem ein Ende gemacht werden. Der Polizeikommissar Günther und zwei Polizeibeamte wurden die rote Schleife gewahrt, hielten den Leichenzug auf und verlangte Herr Günther von den Kranzträgern, die rote Schleife vom Kranz zu entfernen. Diesem kamen die Kranzträger nicht nach und lehnten dieses mit der Begründung ab, daß sie bereits mehrere Kränze mit roter Schleife bei Leichenbegängnissen der Kollegen getragen hätten, und wäre es das erste Mal, daß die Polizei derartiges verlange. Sie als Kranzträger würden die Schleife nicht entfernen.

Es ist erklärlich, daß durch das Einmischen der Polizei die Angehörigen des Verstorbenen sowie die stillen Teilnehmer in Aufrührung versetzt wurden. Nur der Besonnenheit und dem Eintreten des Obmannes des gestellten Trägerkorps ist es zu verdanken, daß nichts weiteres passierte.

Der Zug wurde solange von der Polizei aufgehalten, bis die Personalien der „Lebektäter“, der Kranzträger, festgestellt waren. Die Polizei begleitete den Leichenzug bis zum Friedhof.

Da nun beim Begräbnis nichts weiter passiert ist, als nur, daß dem Wunsche des Verstorbenen Rechnung getragen, wurden nach Anzeige der Polizei die beiden Kranzträger sowie der Obmann des Trägerkorps mit je einem Strafmandat von 15,00 Mark bedacht, weil sie ein ungewöhnliches Leichenbegängnis veranstaltet, wozu eine polizeiliche Genehmigung erforderlich ist.

Gegen diese Strafbefehle wurde Berufung eingelegt und stand die Sache am 5. März vor dem königlichen Schöffengericht zur Verhandlung.

Als Zeuge war Herr Günther sowie die beiden Polizeibeamten erschienen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, wie sich der Leichenzug gestaltet, erklärte Herr Günther: er wäre von anderen darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich in der Straße ein Leichenzug bewege, bei welchem ein großer Kranz mit langer, breiter roter Schleife vorangetragen werde. Daraufhin begab er sich zum Leichenzug und verlangte von den Kranzträgern die Entfernung der roten Schleife, weil es seiner Auffassung nach etwas Ungewöhnliches war. Dieses lehnten die Kranzträger ab. Hierauf stellte er die Personalien der Kranzträger fest und erstattete in der Sache Anzeige.

Der Obmann des Trägerkorps will Herrn Günther gleich erklärt haben, daß, solange er Obmann ist, er bereits mehrere Kränze mit roter Schleife getragen habe. Da es noch nie Anstoß bei der Polizei erweckt hat, lehnte er das Entfernen der Schleife ab und wurde die Schleife nur auf Wunsch der Angehörigen am Friedhof entfernt. Weitere Zeugenvernehmungen machten sich in der Sache nicht notwendig.

Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung und hielt die Strafe von 15,00 Mark für jeden für angemessen, weil das Vorantragen des Kranzes mit langer, breiter, roter Schleife eine politische Demonstration dargestellt habe, die der polizeilichen Genehmigung bedürfte.

Da dieses nicht geschah, so haben die Angeklagten gegen Paragraph 7 des Reichsvereinsegesetzes verfahren.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenbaum, konnte an der Hand von Beweisen nachweisen, daß das Vorantragen von Kränzen mit roter Schleife ebenso gewöhnlich erscheint, wie ein Leichenbegängnis von Kriegervereinen, bei welchem Musik und Fahne mitgeführt wird. Deshalb kann es auch nicht für ungewöhnlich erachtet werden, wenn rote Schleifen an Kränzen geheftet sind. Auch die Urteile der Gerichte haben dahin entschieden, daß das Tragen von Kränzen mit roter Schleife als etwas ganz Gewöhnliches anzusehen ist. Nach dem Beweismaterial, welches zur Hand in Danzig ist, muß auch hier das in Frage kommende Leichenbegängnis als etwas ganz Gewöhnliches erachtet werden, und beantragte er für alle drei Angeklagten die Freisprechung.

Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und ging das Urteil dahin:

Es kann das Tragen eines Kranzes mit roter Schleife zur Zeit nicht als politischer Aufzug angesehen werden. Wohl konnte in den früheren Jahren, als solche Fälle nur sehr vereinzelt in die Erscheinung traten, davon die Rede sein. Da nach der Beweisführung der Beklagten das Tragen von Kränzen mit roter Schleife als üblich erachtet werden muß, kann auch hier von keiner ungewöhnlichen politischen Demonstration die Rede sein und sind die Angeklagten daher freigesprochen.

Danziger Weltpolitik.

Unlängst ist unter schwerer Belastung der Steuerzahler die Eingemeindung von Bröfen und Sasse nach Danzig beschlossen. Schneller als man erwarten dürfte, ist die Eingemeindung von Heubude, Rießfeld, Weichselmünde und sogar Krakau und Westlich-Neufähr gesollt. Auch hier hat die Stadt durch diese Gebietsverweiterung kein Geschenk erhalten. Was selbst unsere offiziellen Kommunalpolitiker von ihr erwarten, sind nur Zukunftshoffnungen. Vorläufig muß die Stadt finanziell gehorrig klotzen. Sie soll wieder eine Umfindung an den Kreis Danziger Niederungen nicht weniger als 200 000 Mark zahlen. Die Aufwendungen, die sie für dieses neue Gebiet wird machen müssen, werden mit der Umfindung ebenfalls die Million weit überschreiten. Wir der viel zu hohen Umfindung muß die Stadt für die Rückständigkeit der beiden Danziger Landkreise büßen, wie es schon bei der Eingemeindung von Bröfen noch stärker geschah. Wir haben schon einmal eingehend nachgewiesen, daß diese Kreise viel zu klein sind, um eine selbständige Existenz zu rechtfertigen. Das drückt die Finanzexperten als Steuerzahler hart. Jetzt trifft es die Steuerzahler Danzigs, weil die kleinen Kreise sich möglichst gut gegen den Verlust der Steuern aus den eingemeindeten Orten zu schützen suchen.

Wir sind trotz dieser durch die allgemeine Rückständigkeit des jänklichen Preukens und durch die ungläublichen Unterlassungen fünden der früheren freifinanziigen Nachhader verursachten Erschwerungen für die Eingemeindungen. Es liegt auch im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter, daß die Gemeinde ein möglichst ausgedehntes Gebiet beherrscht. Deshalb sind wir aber noch lange nicht mit der Motiven einverstanden, die zur Eingemeindung führten. Und da haben wir noch kein Wort davon gehört, in welcher Weise die Eingemeindung die Pöte der Arbeiterchaft, speziell den ungeheuren Standal des Wohnungselendes, lindern soll? Der Oberbürgermeister beklagte zwar bei der Beratung in der Stadt-

verordnetenversammlung am 28. Februar, daß Danzig von der preukischen Regierung noch immer als besiegte Stadt behandelt wird. Es bestehe nicht die geringste Hoffnung, daß die Krönungsfestlichkeiten, die in Pösen und Königsberg längst gefallen sind, auch hier fortfallen. Er sprach aber nichts davon, daß die unter der Wohnungsnöte leidenden Arbeiter nun auch von der hausagratischen Unterjochung befreit werden müßten. Eine neue Verstärkung der Monopolstellung der Straßenbahngesellschaft durch eine Elektrische nach Heubude stellte der Bürgermeister in Aussicht. Er sprach auch von der Möglichkeit einer Gartenstadt-Gesellschaft. Die Bekämpfung der Wohnungsnöte der Armen durch den Bau städtischer Häuser stand jedoch nicht in seinem Programm. Die Stadt Utm ist längst damit mit großem Erfolge vorgegangen. In a hat in diesen Tagen die Errichtung einer Anzahl städtischer Wohnhäuser beschlossen. Für die Danziger Stadtverwaltung soll aber die Sicherung des Profites des Hausagrarier nach wie vor das leitende Motiv bleiben. Dabei wurde im Rathause auch erwähnt, daß für den Kaiserhafen usw. im Interesse der großen Handelsmillionäre von der Stadt nicht weniger als 6 1/2 Millionen Mark verbraucht sind. So etwas nennt man im städtischen Dreiklassenhause soziale Politik. Der Oberbürgermeister wußte zur Begründung der Vorlage auch wieder nur die Förderung des Handelskapitals zu erwähnen.

Mit besonderer Begeisterung werden die Arbeiter also die Aussicht nicht begrüßen, daß durch diese Eingemeindungen die Möglichkeit der Herabsetzung der 220 Prozent Einkommensteuer völlig schwindet und sogar ihre Erhöhung sehr wahrscheinlich geworden ist. Die Ortschaften Weichselmünde, Krakau und Westlich-Neufähr sind der Stadt sozusagen dem Kreise aufgedrängt. Die Gründe dafür sind ziemlich unklar geblieben. Auf der einen Seite sind das ganz nahe der Stadt gelegene Bürgerwiesen-Sandweg, wie auf der anderen Seite Schellmühl nicht eingemeindet. Für die Ablösung der zuerst genannten Gemeinden soll die Kreisleitung auch deshalb gewesen sein, um die sozialdemokratischen Gemeindevertreter vom Halbe zu bekommen.

Dieser Grund würde die Tätigkeit unserer Genossen nur eugen. Da der neue Stadtbezirk einen besonderen Stadtverordneten erhalten soll, so ist es hoffentlich möglich, den alten Ruhm dieser Gemeinden durch die Wahl eines Sozialdemokraten in das alte Rathaus Danzigs zu erhalten.

Von der Weichselmündung zu Neufähr bis Blottkau befüllt die Ostsee, nach endgültiger Erledigung der Eingemeindungen, nur Danziger Strand! Die alte Hanja-Herrlichkeit scheint wieder gekommen und der Kauf der Größe, von dem Dr. Lievin gegen den unverständlich nervösen Protest des Oberbürgermeisters mit Recht sprach, scheint gewisse Leute stark erfaßt zu haben. Wir wollen hoffen, daß die Lasten dieses kommunalen „Imperialismus“ die Arbeiter nicht gar zu sehr drücken werden und daß es nun nicht mehr zu lange dauert, bis eine sozialdemokratische Vertretung im Rathause dafür sorgt, daß die Gemeinde eine wirkliche Heimstätte für alle ihre Angehörigen wird. Davon ist jetzt noch weniger als nichts zu bemerken. Trotz der Riesenaufwendungen für die Eingemeindungen gibt es für die Opfer der Arbeitslosigkeit noch nicht einmal eine Versicherung. Gleichzeitig mit den Millionenverpflichtungen für die Eimerleistungen bewies man im Rathause die soziale Fürsorge dadurch, daß man die Unterstützung für die städtischen Armen wieder um 42 500 M. herabsetzte! In einer wahren Revolution sind die Grenzen des bisherigen städtischen Gebietes über den Haufen geworfen. Jetzt gilt es mehr: die kapitalistische Klassenpolitik des Geldsacks durch die wahre soziale Förderung des Gemeinwohles zu ersetzen! des bisherigen städtischen Gebietes über den Haufen geworfen. Jetzt gilt es mehr: die kapitalistische Klassenpolitik des Geldsacks durch die wahre soziale Förderung des Gemeinwohles zu ersetzen!

Land- und Forstarbeiterbewegung.

Zur Lage. Im Monat Februar fanden eine Reihe gut besuchter Versammlungen in der Rheinpfalz und in Württemberg statt. In allen sprach Kollege Faab über die Beschlüsse der Generalversammlung und über die Ziele unseres Verbandes. Die Nälzer Winger rührten sich nun und kommen zahlreich zur Organisation. Von den „Christlich-nationalen“, die seit einigen Wochen im Weingebiet ihrer Schriftleiterungsunwesen treiben, wollen sie nichts wissen. Sie haben schon erkannt, daß diese nur zu dem Zweck eine Organisation zustande zu bringen versuchen, um die Arbeiterbewegung lahmzulegen.

In Württemberg fanden die Versammlungen in Holzhauerorten mit ständigen Waldarbeitern statt. Die württembergischen Holzhauer arbeiten meist im Staatswald. Die Löhne sind so auf ein: Eingabe unseres Verbandes an den Landtag und die Regierung bereits einmal erhöht, allerdings in so geringem Maße, daß die unaufhörliche Steigerung der Preise aller Lebensmittel und wichtigen Bedarfsartikel diese paar Pfennige Lohnerhöhung längst wieder überholt hat. Die Lebensverhältnisse der Holzhauer sind daher sehr dürrig. Im württembergischen Schwarzwald leben die Holzhauer mancher Dörfer fast nur von Kaffee, Brot und Kartoffeln. In der Zeit vor früh morgens bis zum Abend muß ein Stück Brot von ungefähr 1 1/2 Pfund, ein schwarzes Würstchen (Inhalt: Blut und Speckstückchen) im Gewicht von 40 Gramm, Preis 10 Pfennig, und 1 Liter Obstmoß als Essen bei der schweren Holzarbeit ausreichen. Abends gibt es zu Hause Kartoffeln in der Schale, oder gebraten, oder als Salat, und Knöpfe (Wehlköße). Sonntags beherrscht das Sauerkraut den Tisch des Holzhauers; alle vier Wochen wird die Sonntagsmahlzeit durch die Zugabe eines Stückchens Schweinefleisch zu einer festlichen. Und der württembergische Staat holt alljährlich aus seinen Forsten über ein Dutzend Millionen Mark als Gewinn heraus!

Auf der Rauben Alb kommen meist kleine Landwirte in Betracht. Die drei bis vier Monate im Winter Holzhauerarbeit verrichten. Die Lebensverhältnisse sind dort etwas besser, weil die kleine Landwirtschaft den Leuten wenigstens ausreichend Essen gibt. Dafür ist die Abhängigkeit von der Forstverwaltung um so größer und wird zur Fernhaltung der Organisation auch da und dort ausgebeugt. Zahlreiche Klagen über kleinere und größere Mißstände kamen in den Versammlungen zur Sprache. In Gerstetten erhalten die Holzhauer beim Kauf einer Säge die Hälfte des Preises vergütet, aber nur dann, wenn die Säge bei der ersten Benutzung in Berlin gekauft wird. Dort kostet eine solche 9,50 Mark, während die Sägen in Gerstetten durchweg 4,50—5,00 Mark kosten. Ein Grund für diese eigenartige Zuwendung der Forstverwaltung ist den Arbeitern nicht bekannt.

In allen Versammlungen wurde der lebhafteste Wunsch geäußert, daß den Holzhauern gemäß den Landtagsbeschlüssen eine regelmäßige Vergütung für Geschirrabnutzung bezahlt, regelmäßige 14 tägige Lohnzahlung durchzuführen und eine gleichmäßige Lohnaufbesserung in allen Forsten vorgenommen werden möge. Einige größere Gemeindeverwaltungen haben anerkanntermaßenweise die Zahlung der vollen Versicherungsbeiträge durchgeführt, was dem Forstfiskus als sehr nachahmenswertes Beispiel dringend ans Herz gelegt werden soll.

Das Verbandsleben wurde durch die Versammlungen überall neu befruchtet und den Beschlüssen der Generalversammlung zugestimmt.

Karl Sautsky: Der Weg zur Macht.
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 11. März, abends 7 1/2 Uhr.
Kober Abonnement. **Passpartout A. 2**
Erstes Gastspiel der Agt. Bayerischen Kammerfängerin Hermine Bosetti.
Hoffmanns Erzählungen.
 Olympia, Giulietta, Antonia, Hermine Bosetti

Mittwoch, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr. Abonnements-Vorstellung.
Passpartout B. 2. Bei ermäßigten Preisen. **Im weissen Rösel.** **Hierauf: Als ich wiederkam.**

Donnerstag, den 13. März, abends 7 1/2 Uhr. Außer Passpartout.
 Abonnement. **Zweites und letztes Gastspiel der Königlich Bayerischen Kammerfängerin Hermine Bosetti.** **Die Hochzeit des Figaro.** **Suzanne, Hermine Bosetti.**

Freitag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr. Abonnements-Vorstellung.
Passpartout C. 2. **Der Wildschütz.**

Ausführliche Theaterprogramme à 10 Pfg. im Theater erhältlich.

Nachruf.

Bei dem schweren Bootsunglück in Weichselmünde verloren wir durch den Tod unsern Kollegen

Fritz Manske.

Durch sein ruhiges und stilles Benehmen erwarb er sich bei seinen Kollegen die größte Achtung. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Danzig, den 6. März 1913

Die Zimmerer der Schichau-Werft.

Todes-Anzeige.

Montag morgen 9 Uhr entschlief nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau und treue Lebensgefährtin

Laura Lubner

geb. von Tschinski
 im fast vollendeten 61. Lebensjahre.

Danzig, den 10. März 1913.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, von der Bartholomäus-Beerdigungshalle aus nach der Halben Aker statt.

Echt gehaltener **Schnupftabak** garantiert reines
Julius Gosda, Danzig, Röhrenfabrikanten, Schwanen- und Röhrenfabrik, 2. Dörfelg. 5, 5. Gölberg, 5, Jänner 1913.

In einer großen öffentlichen

Volkerverammlung

Spricht am Freitag, den 14. März, abends 8 Uhr im großen Saale des Herrn Steppuhn, Schildlich, Karthäuserstraße der

Reichstagsabgeordn. **Davidsohn, Berlin**

über „Das preußische Befreiungsjubiläum“.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Die Parteileitung.
 J. A. C. Sellin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Mittwoch, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Steppuhn, Schildlich, Karthäuserstraße

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

Beschlussfassung über eventl. Lokalzuschläge für Ausgeheuerte und Streikende.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.
 J. A. Fr. Unterhalt.

Wechsel-Königin Seife

besitzt höchste Waschkraft infolge ihres Gehaltes an bestem Terpentinöl.

Generall. erhältlich.

J. M. Wendisch Nachf., Seifenfabrik, Thorn.

Elegante Sacco- u. Rock-Anzüge

kaufen Sie am besten im

Spezialhaus

Louis Israelski

Kohlenmarkt Nr. 11.

Sacco-Anzüge

ein- u. zweifelh., Ersatz für Mass

16, 20, 22, 25 bis 45.

Rock-Anzüge

für Trauung und Gesellschaft

à 28, 33, 38, 42 bis 60.

Eine kleine Wohnung

Stube, Küche, Kammer für monatlich 9 Mark zum 1. April zu vermieten.

Schildlich, Mittelstraße 16.

Arthur Schulz, Hahelwerk 1.2.

Friseur M. Schwabe,

Paradiesgasse 6-7.

Grammophon 6 Platten, billig

Brach, Ohra, Bogelgasse 22.

Sprechapparat mit Platten billig

3. verk. Vgl., Eidenweg 13, 5. 2. r.

Friseur H. Kabst, Tüschergasse 26.

Kredit

gewähre ich jedermann bei Entnahme von

Möbeln

und Polsterwaren.

Größte Auswahl

Komplette Musterzimmer.

Garderobe
 für Herren, Damen und Kinder
 Kinderwagen zu billigsten Preisen.

Abzahlung 1 Mark pro Woche an Freie Lieferung

Das vornehme Kredithaus in Danzig
Nic. Pindo Nachf.

M. Grau

Danzig, 4 Holzmarkt 4

Verlangen Sie meinen Prachtkatalog. Zusendung gratis und franko.

Künstliche Zähne

mit Kautschuk-Platte
 Plomben von 2,00 Mk. an. Reparaturen von 1,00 Mk. an.
 Zahnziehen fast schmerzlos in normalen Fällen 1,00 Mk.
 Bei Bestellung von Gebissen jedoch kostenlos. - Garantie.

Zahn-Praxis

Georg Haselmann, Dentist

Milchkannengasse Nr. 31, II.
 Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr. Sonntags von 9 bis 12 Uhr.
 Angenehme Zahlungsweise.

Wilhelm Zamory

Glas- u. Bilderleisten-Handlung

Teleph. 2505. Danzig, Fischergasse 47. Teleph. 2505.
 Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.
 Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Das Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

S. Mallentorn Es BING, Alter Markt Möbel- und Glanzwaren	Fingerhut, Orfan Milchkanngasse 16	Alkoholfreie Getränke Chr. Schatz	Sinalco	Bleikereien Art. Kuhn, Schell, Karthäuserstr. 5	Bandagenmaschinen H. Herder Ehing, Fischergasse 11	Kornfabrikation Julius Goldstein Jankowskigasse 1 Lavendelgasse 4	Seifeleien und Leinen Angles, Brückstraße 2 Danzigerstr. 11	Reifenmaschinen Danziger Aktien-Bienenzucht Bismarckstr. 12, 100 000 Mk. Auto Schiessbrauerei Schiessbräu, Ritterbräu Nützen, Preuer-Bräu Kierischgasse 2	Erreicht wesentlich = schnell =	Erzeugnisse Rinnenhandlungen H. Gail, Gröden, Obermarkt 1-4	Brodfabrik Danziger Brodfabrik 2 u. 3. E. Köpfergasse 2 Hans Schiller, Markt der Handwerker.	Julius Goldstein Jankowskigasse 1 Lavendelgasse 4	Horst Lettau, Hand- gasse 36 ca. 10 Kistenorten stets zur Lager.	Alte Leinwand J. NOETZEL Fischergasse 19.	M. Krause Rammberg 13 verkauft reine Speisebacken.	Gerichte und Schinken Julius Goldstein Jankowskigasse 1 Lavendelgasse 4	M. Laube, Ohra Kurtz, Weiß, Wollwaren. Preisliste, 144 S.	A. ALFERMANN Josephinegasse 20, 1. Stockwerk, Ecke DANZIG, Fischergasse 4-6.	F. Herber Jankowskigasse 1 Lavendelgasse 4	Oscar Schützmann Jankowskigasse 1 Lavendelgasse 4	Drucken und Farben H. Gail, Gröden, Obermarkt 1-4 Acton 2. Wäsche und Kratzplättchen	Fahrräder, Nähmaschinen A. Hein, Breitengasse 113	Erstklassige, Feingasse 71. Max Venzke, Schiessbräu, 1. Stockwerk Dampfmaschinen, D. R. P. Wärmemaschinen, Separatoren L. Resters, KLBING, Schiessbräu, 1.	Kaufhäuser Partiewaren, Gelegenheitskäufe Jankowskigasse 1 Lavendelgasse 4	Johannes Schamp Elbing, Fischerstr. 43/44 Geschäftshaus für Leinen, Leinen, Lederwaren Arbeiter-Garderoben Nähmaschinen und Fahrräder sowie Reparaturen	Sally Bieber, 3. Dörfelgasse 45 Modischer, Kurz- u. Schärven sowie sämtl. Arbeiter-Garderoben	Kohlen, Holz, Briketts Danziger Brodfabrik 2 u. 3. E. Köpfergasse 2	C. Ehlert Schiessbräu, Karthäuserstr. 5 J. Weelke, Ohra, Hauptstr. 19	Käse, Butter, Eierwaren H. ESAU, Karthäuserstr. 5 Schiessbräu, Karthäuserstr. 5	Rich. Folchert Theodor Kreschel, Rammberg 13 J. Lemme, Schiessbräu, Karthäuserstr. 5 Fr. Resters, Schiessbräu, Obermarkt 1-4 J. Heinecke, Schiessbräu, Köpfergasse 2	Central-Molkerei G. W. Danzig Verkaufswagen in allen Stadtteilen.	Friedr. Dohm Produkte in bekannter Güte. Niederlagen in allen Stadtteilen.	Maschinen-, Grammophon Danziger Sprechmaschinen u. Fahr- rad-Zentrale, Handgasse 31 sowie und billige Bezugsquelle für Abnehmer der Volkswacht Zubehör u. Reparaturen enorm billig.	Papier- und Schreibwaren G. W. PETERSEN Es BING, Alter Markt 30 Schreib- und Büro-Artikel.	Schirme, Stühle, Hüte Julius Goldstein Jankowskigasse 1 Lavendelgasse 4	Schneider-Artikel Julius Goldstein Jankowskigasse 1 Lavendelgasse 4	Schnupftabak-Fabriken Joh. Kostuchowski Danzig-Schildlich Karthäuserstr. 113. Teleph. 1902.	Schubwaren Julius Gosda Danzig, 2. Priester-gasse Ecke, Häkergasse	Schuhwaren Großes Schuhwarenlager Inh. Fortier Kl. Mühlenweg, neb. dem Pfarrhaus. Arbeiter-erhaltener Extrarabatt.	Schuhwarenhaus Tuchler Holzmarkt 19 Unerreicht billige Preise	L. Michaelis III. Danzig Nr. 1 Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsschuhe, Reparaturwerkstatt.	Seife- u. Toiletteartikel Julius Goldstein Jankowskigasse 1 Lavendelgasse 4	Spielwaren Julius Goldstein Jankowskigasse 1 Lavendelgasse 4	Spezialmaschinen, Platten A. Hein, Breitengasse 113.	Trick-Lagen, Wollwaren Julius Goldstein Jankowskigasse 1 Lavendelgasse 4	Uhren und Goldwaren Karzewski, Jankowskigasse 1	Wäsche, Woll- u. Vell. Julius Goldstein Jankowskigasse 1 Lavendelgasse 4
---	--	--	----------------	---	--	--	--	--	---	---	---	--	--	---	---	--	--	--	---	--	---	---	---	---	--	--	---	--	--	---	---	---	---	---	--	--	---	---	---	--	---	--	---	--	---	---	---

Verzeichnis der Bezugsquellen für den Danziger Markt, Danzig, den 10. März 1913. Druck von Carl Schiessbräu, Danzig.

Reichstagsabgeordneter Davidsohn, Berlin

spricht Freitag, den 14. März 1913, abends 8 Uhr, im Bürgergarten in Schildlich über

Das preußische Befreiungs-Jubiläum.

Diese Nummer umfasst 8 Seiten.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 6. März.

Das Haus ehrt zunächst das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Kaphengast (Kons.) durch Erheben von den Plätzen. Nach debattierender Erledigung eines Kolonialnachtragsstats in dritter Lesung wird das Etatsnotgesetz in zweiter Lesung nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Hierauf wird die zweite Lesung des Stats des Reichskolonialamts fortgesetzt. Abgeordneter Erzberger (Ztr.): In der Frage der Anmietung von Weissen können wir dem Abgeordneten heute zustimmen. Das Verhältnis der Eingeborenen darf nicht das des Feindes zum Feinde sein. Der Geburtenrückgang ist erschreckend. Die Prostitution nimmt in ekelerregender Weise zu. Von 1889 bis 1910 sind durch Strafexpeditionen und ihre Folgen 150 000 Menschen zu Grunde gegangen. Mit den Bahnbauten wird leider auch der Alkohol verbreitet. Abgeordneter Dr. Semmler (Nat.): Die Statistik des Reichsamts des Innern beweist, daß für 152 Millionen Mark Waren jährlich von hier aus nach drüben befördert wird. Und zum Transport dieser Waren werden eine große Anzahl Dampfmaschinen gebraucht, die auch wieder viele Angestellte und Arbeiter beschäftigen. Wo bleibt das Denkmal für die südafrikanischen Gefallenen? Staatssekretär Dr. Solff: Die Erledigung des Kolonialkriegersdenkmals liegt mir sehr am Herzen. Es sind 60 000 Mark bisher zur Verfügung gestellt. Im ganzen soll es 320 000 Mark kosten. Abgeordneter von Bülow (Kons.): Für die Eisenbahnen geschieht bei uns in den Kolonien nicht genug. England, Frankreich und Belgien gehen viel rascher vor. Unser Großkapital sollte dazu helfen. Abgeordneter Waldstein (Zp.): Die Auswanderung aus Deutschland ist zurückgegangen (Bsp.). Land exportiert nicht mehr Menschen, sondern vor allem Waren. Wir sollten alles tun, um die Zustände in den Kolonien zu bessern, in dieser Richtung hat ja auch die Sozialdemokratie positiv mitgearbeitet. Abgeordneter von Liebert (Rp.): Ein Zwang zur Arbeit darf auf die Eingeborenen nicht ausgeübt werden. Es ist notwendig, mehr Bahnen in den Kolonien zu bauen. Staatssekretär Dr. Solff polemisiert gegen den Abgeordneten heute. Mit der Bedeutung, daß alle Menschen gleich und daß die Schwarzen genau dasselbe sind, wie wir Europäer, kann man mit dem besten Willen in unseren Kolonien nichts machen. Wir wollen die Eingeborenen nicht ausrotten, wir wollen sie erhalten. Ich bitte Sie, mir Vertrauen entgegen zu bringen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Sitzung vom 7. März.

Die zweite Beratung des Reichskolonialstats wird fortgesetzt. Abgeordneter Koske (Soz.): Herr von Liebert hat mir gestern gesagt, ich hätte ihm vor zwei Jahren mit Unrecht vorgeworfen, daß er sich an faulen Gründungen beteiligt habe und hat uns eine Darstellung des Vorganges gegeben. Tatsächlich war seine Entscheidungsbildung eine Anklagegeden; er hat uns mitgeteilt, daß sein Name tatsächlich unter ein Gründungsprojekt gestellt worden ist, das als solches der allerfaulsten Art angesehen werden muß. Und er hat seinen Namen dann nicht zurückgezogen und vertrauensvolle Leute vor Schaden zu bewahren, sondern hat das Schwindelprojekt unwidersprochen in die Welt gehen lassen. Die Folge davon ist, daß eine ganze Anzahl gutgläubiger Leute ihr Geld verloren haben. Die Einfuhr von Spirituosen sollte in Kamerun ebenso verboten werden, wie im belgischen Kongo. Abgeordneter Hartmann (Z.) wünscht Frauenhaushaltungsschulen in den Kolonien. Abgeordneter Dr. Müller-Meinungen (Rp.): Gewiß haben wir unsere Haltung zur Kolonialpolitik geändert, aber auch das Verwaltungssystem von Südeuropa bis Südamerika ist anders geworden. Das beste Mittel, die Eingeborenen zur praktischen Arbeit zu erziehen, sind die Schulen. Abgeordneter Reinath (Nat.): Gewiß ist unsere Kolonialpolitik eine Saat auf Hoffnung, aber ihre Entwicklung berechtigt uns doch zu einem gewissen Optimismus. Abgeordneter Dertel (Kons.): Wir müssen Frauen nach den Kolonien bringen, dies ist der beste Auszubehälter, den wir haben. Die Erziehung der Eingeborenen zur Kultur ist ohne Christentum nicht möglich. Staatssekretär Dr. Solff: In einem Lande mit 7 Millionen Negern können wir ohne weiteres die allgemeine Schulpflicht nicht einführen. Abgeordneter Dr. Weill (Soz.) befragt die Tätigkeit des Abgeordneten Semmler in den kolonialen Gesellschaften, die nicht dazu angetan sei, daß dieser Abgeordnete auch die Berichterstattung über den Kolonialetat angenommen habe. Abgeordneter Semmler (Nat.) erwidert sehr erregt, worauf der Abgeordnete Weill (Soz.) nochmals das Wort ergreift, um das was er gesagt habe, mit noch mehr Beweisen zu belegen. Daß der Abgeordnete Semmler in dieser Sache sehr schlecht abgeschrieben hat, beweist, daß sein Parteigenosse, der Abgeordnete Fafsch, aufs Wort verzichtete, indem er erklärte, daß er glaube, das Haus habe wohl keine Lust diese unerfreuliche Debatte fortzusetzen. Damit schließt die Debatte. Der Titel Staatssekretär wird bewilligt. Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend.

Sitzung vom 8. März.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Etatsnotgesetzes, wobei Abgeordneter Fafsch (Soz.) erklärte, daß keine Fraktion gleichwie der Gesamtheit auch das Notstandsrecht ablehnen müsse. Das Gesetz wird angenommen.

Hierauf wird die Spezialberatung des Kolonialstats fortgesetzt. Zu den einzelnen Punkten treten eine Menge Redner auf, die ihre Kritik und Wünsche anbringen. Nach den Vorgängen des vorigen Tages zwischen dem Abgeordneten Semmler (Nat.) und Weill (Soz.) war es begrifflich, daß das Haus der Entgegnung des sozialdemokratischen Redners mit Spannung entgegen sah. Dr. Weill hatte sich als vorzüglicher Kenner der dunklen Kolonialpolitik bewiesen, über die niemand gern spricht. Mit scharfer Schärfe erörterte er die Doppellage des Abgeord-

neten Semmler als Kolonialreferent des Reichstags und als Vertreter seiner persönlichen Geschäftsinteressen. Der Reichstag stand unter dem Eindrucke, daß eine Exekution, wie sie hier an einem Abgeordneten vorgenommen, noch nie mit größerer Sicherheit und Eleganz vollzogen wurde. Die Sitzung schloß mit einer Rede des Präsidenten Kaempf über die Jahrhundertfeier, nachdem der Kolonialetat seine Erledigung gefunden hatte.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2. April.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 6. März.

Am Donnerstag hat das Dreiklassenhaus die Beratung des Eisenbahnetats zu Ende gebracht. Der Konservative Heckenroth, der Zentrums-König und der Nationalliberale Lehmann erklärten, daß an der Königstreue der Eisenbahner alle sozialdemokratische Agitation scheitern werde. Dann wurde die Debatte geschlossen, mit dem Effekt, daß alle abgeordneten Redner „bedauerten“, nun ihre Beamtenswünsche nicht mehr vorbringen zu können. Und dabei hatten sie selbst für den Schluß der Debatte gestimmt, welches eigenartige Spiel von unseren charakterisierte wurde. Der Rest der Sitzung wurde durch eine mehrstündige Auseinandersetzung von lokalen Berufs- und Vahrunternehmensvereinen der bürgerlichen Abgeordneten ausgefüllt. Am Freitag wird der Etat der Zentralgenossenschaftskasse beraten.

Sitzung vom 7. März.

Da das preussische Abgeordnetenhaus auch in diesem Jahre den Etat nicht rechtzeitig fertigstellen kann, ist wiederum der Erlaß eines Notgesetzes erforderlich. Ein entsprechender Antrag, der von allen bürgerlichen Parteien eingebracht war, wurde am Freitag nach kurzer Beratung an die Budgetkommission verwiesen. In der Debatte wurde von Rednern der Linken der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie den Etat erst so spät dem Landtage vorlegt. Hierauf wandte sich das Haus zur Beratung des Nachtragsstats. Dieser Etat fordert bekanntlich die Summe von 6 Millionen zum Ankauf des Grundstückes, neben dem Abgeordnetenhaus. Ein Teil dieses Grundstückes, das vom Militärfiskus erworben wird, soll zur Anlage eines Gartens für die Abgeordneten dienen. An sich ist gegen die Vorlage nichts einzuwenden. Einen unangenehmen Beigeschmack bekommt sie nur dadurch, daß von den 6 Millionen nicht weniger als 2,6 Millionen verwendet werden sollen, um einem gewerdmäßigen Grundstücksspekulanten eine Entschädigung für angeblich entgangenen Gewinn zu zahlen. Um was für eine Person es sich dabei handelt, zeigte Genosse Hoffmann an der Hand gerichtlicher Akten. Mit Recht führte er aus, daß man sich mit Personen, die derartige Geschäftseinbindungen mit der Staatsanwaltschaft haben, nicht in Geschäftsbeziehungen dürfte. Den Fiskus kümmert das freilich wenig; für den Minister genügt es, daß der Mann bisher stets freigesprochen worden ist. Voraussetzungen wird es hierüber bei der zweiten Lesung des Stats noch zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen.

Schließlich begann das Haus noch die Beratung des Etats der Zentral-Genossenschaftskasse. Genosse Lieblucht benutzte die Gelegenheit, den agrarischen Charakter dieses Instituts zu schildern und nachzuweisen, wie die Genossenschaften, sogar die landwirtschaftlichen Genossenschaften, schließlich zur Ueberwindung des Kapitalismus beitragen werden. — Der Etat soll Sonnabend zu Ende beraten werden.

Sitzung vom 8. März.

Obwohl das Haus erst Ende nächster Woche in die Osterferien gehen will, herrscht doch bereits Ferienstimmung. Vor leeren Bänken werden im Handumdrehen Vorlagen von weittragender Bedeutung erledigt.

Am Sonnabend führte das Haus zunächst die zweite Beratung des Etats der Zentralgenossenschaftskasse zu Ende. In der Debatte ludte der Präsident Dr. Heiligenstadt die getrigge Kritik unseres Genossen Lieblucht abzuschwächen, indem er bestritt, daß bei der Kreditgewährung ländliche Genossenschaften vor ständischen bevorzugt würden. Lieblucht erwiderte ihm, daß sein Hauptangriff darin bestand, daß Arbeitergenossenschaften mit der Zentralgenossenschaftskasse in keiner Verbindung stehen, und diesen Einwand hat der Vertreter der Regierung nicht widerlegt.

Hierauf gelangte nach kurzer Debatte, in der sich Leinert namens der Sozialdemokraten im zustimmenden Sinne äußerte, der Besetzungswurf über die Ausnutzung der oberen Beser zur Elektrizitätsgewinnung zur Annahme.

Die Anträge Schiffer (Nat.) auf Reform des Polizeiverordnungsrechts gaben unserem Fraktionsredner Lieblucht die Veranlassung, gründliche Kritik an der Verwaltungsziehung in erster Linie an der Allmacht der Polizei zu üben. An der Hand zahlloser Beispiele wies er das Unsinnsige des Reglementierungswesens nach und geißelte er die Sucht, die Staatsbürger von der Geburt bis zum Tode zu bevormunden. Obwohl die Schifferischen Anträge recht zahlreich sind, witterte die Rechte doch umstürzlerische Pläne dahinter und stimmte gegen sie, um nicht zu einer „unheilvollen Anfechtung aller Maßnahmen der öffentlichen Gewalt“ ihre Hand zu bieten. Trotz des Widerstandes der auch der bescheidensten Reform abgeben Rechte wurden die Anträge in der Kommissionsberatung angenommen.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung am Dienstag steht die neue Polenvorlage.

Danzig.

Arbeitslos.

Eine Frau bittet um ein Almosen. Ihr Mann war krank und ist nun ohne Arbeit; vier Kinder warten auf Brot. Sie erhält ein Geldstück; ist aber nach einigen Minuten wieder beim Gebet, einem unferer Genossen, und sagt es ist wohl aus Versehen ein Fünzigger gegeben worden. Das stimmte. Sie durfte natürlich die halbe Mark behalten. Denn, wie in diesem Falle, übermannt

jeden ehrlichen Menschenfreund die Hochachtung für die Höhe und Erbarmlichkeit solcher leidenden Frau, die eigene Not. Kommen die Genossen bei der Flugblattverbreitung in die Arbeiterwohnungen so lernen sie tieftraurige Zustände kennen. Hier nur einen Fall. In einer dunklen Hofwohnung stehen zwei Bettstellen. Der Inhalt ist ein Strohsack und Lappen. Auf der Erde liegt auf Lumpen ein Mann. Er antwortet leise: „Ich werde bald den Tod wählen, ich kann nicht mehr arbeiten, und bin krank.“ Man steht da, ohne besonders helfen zu können. Nur die Gesamtheit kann hier helfen, die Umänderung der gesellschaftlichen Ordnung. Ingrimmt denkt man an die mit ihrem Christentum prunkenden Kapitalisten und deren rückgratsschwachen Diener, die sich nicht scheuen, Arbeitslose als Arbeitsfeinde und Vagabunden zu erklären. Die Unternehmer selbst sperren Tausende aus und vermehren die Arbeitslosigkeit und die Not. Sie sind es auch, die sich sträuben, den Lohn zu zahlen, der die Lebensbedürfnisse und sonstige Ausgaben des Arbeiters deckt. Sie sind es aber auch, die die Mieten und Lebensmittel verteuern. Sie können das ungestraft tun, denn sie sind im Besitze der rechtgebenden Gewalt. Beschimpfen und verkleumden dürfen die Reaktionen den Arbeiterstand, ohne den Staatsanwalt fürchten zu müssen. Dr.-Ing. Ziese von der Schichauwerkst konnte es deshalb wagen, in arroganter Weise die Arbeiter anzupöbeln. Er schreibt in der „Deutschen Wirtschaftszeitung“:

„Ein Streik entsteht durchaus nicht aus dem Grunde, weil die Löhne zu niedrig sind oder die Arbeitszeit eine zu lange ist oder die Arbeiter sonst aus irgend einem Grunde unzufrieden wären; nein, ein Streik entsteht auf ganz anderem Wege. Die Zentrale der Arbeiterorganisationen, die doch hier und da einen Beweis ihrer Daseinsberechtigung geben muß, sagt sich: „Im vorigen Jahre haben wir an der und der Stelle im Deutschen Reich die Strömungen in Szene gesetzt, jetzt in diesem Jahre wollen wir an dem und dem Platze den Hebel ansetzen. Nun werden so und so viele Redner von der Arbeiterorganisationszentrale an den betreffenden Platz geschickt, die Tag und Nacht die Arbeiter arbeiten, große Versammlungen abhalten und den Arbeitern absolute Ruhe lassen, bis sich eine Anzahl junger Leute abgemant, die weiterwählen und die von der Arbeiterorganisationszentrale und ihren Agitatoren ausgehenden Aufregungen in die Tat umsetzen. So entsteht der Streik! Nun werden in der Regel die unvernünftigen Bedingungen seitens der sogenannten Streikleitung aufgestellt, Bedingungen, die oft durchaus nicht in Frage kommen, was das damit verlangte schon längst vorhanden ist, und die als „Wünsche“ nur gestellt werden, um bloß eine Differenz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen.“

Ziese, der von der „Sozialen Praxis“ bescheinigt wird, daß er von der Arbeiterbewegung nichts versteht, greift auch die Gerichte an, daß sie in Streik- und Terrorismusfällen so launisch sind. Er schreibt:

„Bei solchen Terroristen ist es eine Notwendigkeit, daß die Strafe wie bei einem bittigen Hunde, sofort nach der Tat erfolgt.“

In letzter Zeit beilen sich auch die Gerichte, den Wünschen der großen Unternehmer auf schnelle Erledigung in Fällen von „Terrorismus“ zu willfahren.

Ziese, der verjuchte, die arbeitslos gewordenen Arbeiter seiner Werkst an ihrem Fortkommen zu hindern und so ganz besonders zur Aufweigerung der Arbeiter beitrug, wünscht auch ein Gesetz, natürlich nur für Arbeiter bestimmt, das folgendermaßen lautet:

„Ueber jeden, der über die zur Aufweigerung der Arbeitermassen beiträgt und sie in geschäftiger, die Tätigkeiten verdrehender Weise erregt, sollten auf Grund dieses zu schaffenden Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen zunächst Verhaftungen und im Wiederholungsfall lebenslange Gefängnisstrafen verhängt werden. Damit würde die Macht der Agitatoren, die auf Grund eines solchen Gesetzes hinter Schloß und Riegel gebracht werden, auf die denkbar einfachste Weise gebrochen. Solange ein solches Gesetz nicht besteht, wird in Streikfällen auch nicht das Mitaufen der alleruntergeordnetsten Elemente verhindert werden können, jenes Gefindes, das sich bei Streikruhen ansammelt, um im Trüben zu fischen und die Arbeitswilligen in der unerhörtesten Weise zu belästigen.“

Es ist direkt unbegreiflich, daß unter dem Schutze unserer Regierung ihre schlimmsten Gegner einen sich ständig vermehrenden Revolutionsfonds ansammeln dürfen, der aus den verführten und betörten Arbeitern für Streikzwecke usw. abgepreßten Beiträgen zurückgelegt wird. Beiträgen, die im Laufe der Jahre die ungeheure Summe von etwa 500 Millionen Mark erreicht haben. Nach meiner Erfahrung sind die Beiträge von vielen Sachverständigen, werden sofort gegen 30, sogar 50 v. H. der jetzt zahlenden Mitglieder der Sozialdemokratie abgezogen, wenn sie als Arbeitswillige nur bestimmt auf einen energiegelichen Schutze der Regierung rechnen können.“

Nun sind es aber gerade die Arbeiterorganisationen, die dem Arbeiter den moralischen Halt gewähren und die Not ihrer Mitglieder mit ihren Unterstützungs-Einrichtungen zu lindern versuchen. Wären die Gewerkschaften nicht, dann läge es im Gewerbe und Industrie sehr traurig aus. Was wollte wohl die Gesellschaft mit einer unangefüllten, undisziplinierteren Masse. Konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt bleibt nur der Staat, der eine kräftige, gesunde Arbeiterschaft hat. Die Arbeiter in ihren Bestrebungen, ihre Lebenslage zu bessern, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen durch Verkürzung der Arbeitszeit, dem sollte kein Hemmnis entgegenstellen werden. Doch die Beherrscher von Staat und Kommune wollen nicht, einmal aus Kurzsichtigkeit, dann wieder aus Egoismus. Es bleibt also nur den Arbeitern die Selbsthilfe und das fortgesetzte Einwirken auf die Gewalten zu vernünftigem Tun.

Auch in unserer Danziger Stadtverwaltung gibt es Leute, die durch ein bevorrechtigtes Wahlrecht in der Lage sind, sachend über die Eordernungen der Bernunft hinweg zu gehen, Vorteile für die eigene Klasse aus dem auch von Arbeitern mit geschaffenen

erweitert zu derselben Zeit, wo solche Abschlüsse fertig werden, in Arbeitslosenversammlungen gegen ihre Auslagerung protestieren muß.

Die ersten Menschen. Matinee mit Polizeijensar im Stadttheater. Die ersten Matinees wurden im Stadttheater vor einigen Jahren aufgeführt. Frühlings-Erwachen und Mondragota stiegen von dem Ruderjorn der schwarzblauen Rathausmächigen zum Ober.

Am 9. März gelangten deshalb nach längerer Pause „Die ersten Menschen“ von Otto Borngräber durch ein Berliner Ensemble unter Leitung des Hofchauspielers Franz Ludwig zur nun monatlichen Aufführung.

Das Stück hat eine stürmische Vergangenheit hinter sich. Es fiel es der Zensur zum Opfer und die „gute“ Presse lehnte anfänglich vollständig ab, bis ihr allmählich doch eine Ahnung von dem Dichter kam.

Erstliches Mysterium nannte Borngräber sein Werk und gab ein fantastisch wirkendes Drama der Urgewalt der über alles mächtigen Götterwelt. Er verlegt uns in die Situation der biblischen Legende. Nur erst vier Menschen, das Urtierpaar Chava und Adam, sowie seine Söhne Chain und Chabel trägt die Erde. In sprossenden Frühling wünscht Chavas stürmisches Sehnen, Adam sie wie einst wieder in starker Liebe umfange. Er hängt an der Arbeit seiner Hände, die er preist und weist das kühne Weib zurück. Es verzehrt sich in folternden Wünschen, ihn zu sehen, wie einst, als er in jugendlich-stürmischem Feuer der Liebe war. Die Allgewalt der Liebe erwacht auch in ihm. In kraftvoller Chain und dem milderen Chabel, aber ziellos, denn Chabel öffnet ihnen die Arme. Es gibt ja nur Chava. Das geküßte Sehnen des Weibes und der erwachende Chabel suchen in Adam Ablenkung in der Andeutung eines Gottes. Chain lehnt sich schroff ab und glaubt nicht. Auch Chava verzweifelt, als ihre Gebete nicht die Erhörung finden, die sie von Adam erhoffte. Und eine tropische Frühlingsnacht vereint unwillkürlich Chava mit Chabel, als Adam seinem Gotte opfert. Deswegen erschlägt ihn in eifersüchtigem Zorn sein Bruder Chain. Er verflucht die biblische Fabel in erschütternd menschlicher Aufregung.

In unendlich leutscher und doch kraftvoller Sprache behandelt der Dichter sein Problem, und sagt darin nicht nur Wuchern und Lügen unendlich viel. Sein Stück ist ein wagemutiger und darum so dankenswerter Appell, der viele Ehrliche zum Nachdenken anregt.

Die Künstler erledigten sich ihrer nicht leichten Aufgabe mit offenem Erfolg. Am Schluß dankte ihnen das ausverkaufte Haus mit lebhaftem Beifall. Das bessere Publikum schien zu einem Teil Zweifel, wie es sich zu dem aufgerollten Problem stellen sollte. Die gewaltige Heuchelei der Bourgeoisie macht das verständlich.

Die große Fülle des Besuchs ist erheblich auf das Konto des in der preussischen Polizeipräsidenten zu legen. Als einzige Polizeibehörde hatte es den Besuch der Vorstellung für Personen unter 18 Jahren verboten. Von der Undurchführbarkeit dieser störrischen Maßregel wollen wir nichts sagen. Die fürsorgliche Polizei kann noch immer nicht anders, als die Prostitution als die Kunst mit dem Maßstab des Polizeijahrs zu messen. Die Polizei hat zwar wegen ihrer Behandlung der Prostitution sogar den Widerspruch des Kommerzienrats Münsterberg gegen die für diese Bevormundung der Kunst sprangen ihr aber die „Danziger Neuesten Nachrichten“ bei, obwohl sie das Stück nicht als „orig. Goodyear-Welt-Fabrikate“ bezeichnet. Trotz dieser mächtigen Hilfeleistung war es erheblich größere Anzahl von Polizeibeamten, als das sonst in das Theater kommandiert. Natürlich ist dieses Verbot das erste Ruhmeszeichen der polizeilichen Kunstzensur.

Aus Westpreußen.

Pfarrer Hankwisch in Steegen

Ist nun vollständig unter die Reichsverbändler gegangen. Trotzdem hat er an uns einen Brief geschrieben. Er knüpft ihn an den Bericht unserer Nr. 18 über seine Gründung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und unsere Versammlung in der Genosse Brill gegen die reichsverbändlerische Intoleranz protestierte. Der lange Bericht enthielt eine kurze Bemerkung von dem Verleumdungsfeldzug des Pfarrers und sprach von Verleumdungen der Pfarrer Hankwisch und Michalik, die sie in unserer Versammlung nicht zu verantworten wagten. Dazu schreibt nun Pfarrer Hankwisch:

„Es bedarf wohl nicht eines Hinweises darauf, daß wegen dieser groß beleidigenden Worte Herr Brill und diejenigen, die sie in die Zeitung gebracht haben, sich vor Gericht werden verantworten müssen und daß das Urteil wahrscheinlich auf eine nicht ganz kurze Gefängnisstrafe lauten wird. Dies Ergebnis, das ich selbst dann, wenn es sich um mich allein handelte, um meines Amtes willen nicht verhindern könnte, wird mir aber nicht die Genugung befriedigter Rache schaffen, weil ich kein Rachebedürfnis habe, sondern wird ebenso wie jetzt die Beleidigung selbst nur mein lebhaftes Bedauern erregen für diejenigen, die sich zum Gebrauch solcher Mittel hinreißen lassen, und es ist der Zweck dieses Schreibens, Ihnen ernstlich die Frage vorzulegen, ob Sie und Herr Brill nicht so schnell wie möglich in der Volkswacht den Ausdruck Verleumdung mit Bedauern und Abbitte zurücknehmen wollen. Daß ich ein Verleumder bin, glaubt Ihnen ja doch kein Mensch, ja, wenn Sie ernstlich überlegen, so glauben Sie selbst das doch nicht; auch von Herrn Pfarrer Michalik können Sie es unmöglich glauben.“

Dazu führt Hankwisch noch weiter aus, daß wir ihm wohl vorwerfen dürften, daß er sich besser unterrichten müsse. Aber sonst sollten wir in dem Kampf, der von uns und ihm um uns heilige und ernste Dinge geführt werde, ohne Beleidigungen auszukommen suchen.

Pfarrer Hankwisch hat sich in seinem Briefe nicht auf die trockene Forderung einer Berichtigung beschränkt und wird deshalb auch uns gestatten, einige weitere Bemerkungen zu machen. Das wollen wir tun, obwohl er jetzt Vorstandsmitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist, über dessen Kampfmethoden, auch in moralischer Hinsicht, gerade entsetzliche Gegner der Sozialdemokratie die schärfste Verurteilung ausgesprochen haben.

Zunächst hat der Pfarrer, wenn wir auch seine persönliche Empfindung durchaus zu würdigen wissen, absolut keinen Grund, sich moralisch über solche Mittel zu erregen. Unser Bericht gab die beanstandeten Worte zur Charakterisierung der freigehaltenen Rede eines nur autodidaktisch gebildeten Arbeiters und führte nicht eine einzige den Pfarrer unwahr beschuldigende Handlung an. Die ganze Situation war durchaus entgegengesetzt derjenigen, in der Pfarrer Hankwisch in seiner Studie nach kühler, ruhiger Überlegung seine Angriffe gegen die Sozialdemokratie nieder schreibt. Und trotzdem hat er nicht nur starke, für uns und unser Streben sehr kränkende Worte gebraucht, sondern gegen uns und unsere Genossen Beschuldigungen erhoben, die von auffällender Unwahrheit waren. Und diese Angriffe schleuberte nicht der erste Beste, sondern ein Mann mit der Autorität des Pfarrers gegen uns. Ein Mann, der wissen muß, daß die nächsten Wirkungen seiner Anklagen nicht von uns, sondern von armen schwergeplagten Landarbeitern, die unserer Überzeugung verdächtig sind, erduldet werden müssen. Das ist ein sehr ungleicher Kampf! Wie sehr unwahr und ungerecht anschuldigen des Pfarrers Vorwürfe gegen die angeblichen Moabiter Laten der Sozialdemokratie

sind; dafür vorläufig nur einen Beweis. In dem Schwurgerichts-Prozess, der diesen Vorgängen folgte, stellten die Verteidiger der Angeklagten nicht weniger als 218 schwere polizeiliche Vergehen durch Zeugen fest. Und der Landgerichtsdirektor Unger sprach als Vorsitzender des Gerichts die denkwürdigen Worte, daß derjenige wegen Notwehr freigesprochen worden wäre, der den polizeilichen Mörder des christlichen Arbeiters Herrmann durch einen wohlgezielten Revolverstoß niedergestreckt hätte! Trotz dieser vor Gericht festgestellten Tatsache schrieb aber Pfarrer Hankwisch, ohne sie auch nur anzudeuten, von den Volksverführern mit der Bluffhahn der Revolution. Das ist nicht durch Irrtum zu entschuldigen, auch nicht durch guten Glauben. Die einfachste logische Erwägung müßte dem Pfarrer sagen, wie würde es wohl in Deutschland ausfallen, wenn auch nur ein wesentlicher Teil der 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler wirklich so wäre, wie er es unterstellt? Die Pflicht zur Informierung, Herr Pfarrer, ist nicht nur eine journalistische Tugend, sondern vor allem auch eine zwingende moralische Pflicht!

Das gilt auch ganz besonders für die schwer kränkenden und total unwahren Beschuldigungen, die in der Nr. 9 des Gemeindeblattes unter der nicht nur preßgesetzliche Verantwortung des Pfarrers Hankwisch gegen den Genossen Witschke gerichtet wurden. Wir haben darüber das Erforderliche in der letzten Nummer gesagt und sehen deshalb noch der Aufklärung des Pfarrers entgegen.

Hiernach brauchen wir nicht noch zu versichern, daß wir die Anwendung auch nur ungerecht kränkender Worte irgendwie entschuldigen wollten. Aber in einem Kriege sollte gerade der Angreifer nicht mit besonderer moralischer Entrüstung kommen, wenn ihm sachlich erheblich schwerere Vorwürfe gemacht werden können. Allerdings hat Pfarrer Hankwisch jetzt einige Strafparagrafen für sich, aber darin hoffen wir uns mit ihm einig, sie entscheiden ja nicht allein über Recht und Unrecht.

Wir dürfen nicht mehr beweisen, daß wir auch den Kampf mit Pfarrer Hankwisch, trotz mancher sehr bitteren Empfindung, nicht persönlich führen wollen. Unsere Antwort in der Nr. 15 ließ darüber ganz speziell keinen Zweifel. Andererseits würden wir auch den Mut haben, ein scharfes Wort, das uns aus Empörung in die Feder floß, jederzeit zu verantworten. So liegt die Situation hier aber nicht. Die von Pfarrer Hankwisch gerügten Äußerungen wären von uns nicht wiedergegeben, wenn uns die genügende Prüfung der längeren Arbeit im Drange der Pflicht möglich gewesen wäre. Wir hatten nicht die entfernteste Absicht, die persönliche Ehrenhaftigkeit der Pfarrer Hankwisch und Michalik in Zweifel zu ziehen. Wir bedauern deshalb die versehentlich gewählte Form des Berichtes, soweit sie geeignet ist, die Ehre der Geistlichen zu verletzen. Dieser Erklärung schließt sich Genosse Brill hinsichtlich der ihm zugeschriebenen Äußerungen in vollem Umfange an.

Und nun noch eine kurze Bemerkung. In seinem Briefe bezieht sich Pfarrer Hankwisch auch auf die von uns erwähnte Unterredung, die er mit dem Genossen Bartel aus Anlaß des evangelisch-sozialen Kongresses im Jahre 1911 hatte. Er will sich der Begegnung zwar herzlich gefreut haben. Soweit wir ihn verstehen, will er aber seine Erklärungen zu Bartel jetzt nur so aufgefaßt wissen, als ob er nur beweisen wollte, daß man ohne persönliche Befähigkeit sachlich Gegner sein könne. Genosse Bartel legitimiert uns zu der Erklärung, daß diese Angabe die damaligen Ausführungen des Pfarrers nicht lückenlos wiedergibt. Er habe vor mehreren Zeugen ausdrücklich versichert, daß er nach seiner Kenntnis der Dinge die früheren Angriffe gegen die Sozialdemokratie nicht wiederholen würde. Leider haben sie sich, zum größten Staunen Bartels, später doch wiederholt.

Condor Schuhe zum Osterfest!

Für Damen:

- Mode-Schnür-Halbschuhe, schwarz u. farbig, neueste Dessins, teils mit eleg. Einsätzen Mk. 12,50 10,50 8,75 8,50 7,50 6,75 5,90
- Mode-Knopf-Halbschuhe, schwarz und farbig, kleidsame Modelle, teils mit geschmackvollen Einsätzen Mk. 12,50 11,50 10,50 8,90 8,75 7,90 7,50 6,50
- Mode-Schnürstiefel, fein Chromleder, Lackkappen, elegant halbbreit, oder braun Chevreau Mk. 6,75
- la Chromleder, Derby, Lackkappen, moderne preiswerte Straßentiefel Mk. 7,90 7,50
- Braun Chevreau, teils mit Lackkappen und Derbyschnitt, kleidsame Promenadentiefel Mk. 10,50 8,50 7,50
- Echt Chevreau, oder Boxcalf, Derby, Lackkappen, hervorr. preisw. rdg. Mk. 8,75
- la Boxcalf, oder Chevreau, teils Derbyschnitt und Lackkappen, brillante Formen Mk. 10,50
- Unsere „Orig. Goodyear-Welt-Fabrikate“
- Schnür- und Knopfstiefel, schwarz und farbig, teils mit reizenden Stoff- und Wildleder-Einsätzen, entzückende Frühjahrs-Neuheiten Mk. 16,50 14,50 12,50

Mädchen- und Knabenstiefel:

- Braun, glatt, Ziegenleder
- Größe 25-26 3,90 27-30 4,90 31-35 5,60
- Diesesben „ 4,20 „ 5,20 „ 5,90
- mit Lackkappen
- Solides Boxleder, modern-breit
- Größe 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
- Mk. 4,30 4,60 4,90 5,30 5,70
- la Chromleder, Derby, Lackkappen, elegant
- Mk. 4,25 4,75 5,25 5,75 6,25
- Braun echt Chevreau
- Mk. 4,75 5,25 5,75 6,25 6,75

Reizende Kinder-Stiefel und Halbschuhe schwarz und farbig, in reicher Auswahl.

Millionen Deutsche tragen Condor-Schuhe! Seit 26 Jahren allbeliebt. Personal über 2000. Fabrik-Warenvorräte für ca. 5 Millionen Mk.



Verkaufs-Stelle:

Für Herren:

- Mode-Schnür-Halbschuhe, schwarz und farbig, in geschmackvollen spitz- und breit-amerik. Formen Mk. 12,50 10,50 9,50 8,50
- Mode-Schnürstiefel, schwarz Chromleder, mit und ohne Lackkappen, eleg. schlanke und breite Formen Mk. 9,50 8,50 7,50
- Braun Chevreau, moderne breit-amerikanische Formen, preiswerte Promenadentiefel Mk. 10,50 8,50
- Echt Boxcalf, mit Rindsatin-Oberteil, Derby, Gestalten, unser Saison-Schlagter Mk. 8,90
- la Boxcalf oder Chevreau, teils mit Lackkappen und Derbyschnitt, in gediegener moderner Ausstattung Mk. 10,50
- Braun Boxcalf, auf Rand genäht, moderne strapazierteste Tourenstiefel Mk. 12,50
- Unsere „Orig. Goodyear-Welt-Fabrikate“
- Schnür- und Knopfstiefel, schwarz u. farbig, teils mit aparten Stoff- und Wildleder-Einsätzen, brillante Saison-Modelle Mk. 16,50 15,50 14,50 12,50

Condor-Patent

- Herren-Schnürstiefel, ohne zu schnüren, D. P. F. 17: 209
- Verblüffend bequem und hochelegant! in den beliebtesten Lederarten schwarz und farbig Mk. 19,50 17,50 15,50 12,50 11,50

Sport-Schuhe und -Stiefel

- Haus-Schuhwerk, höchst preiswürdig.
- Flachfuß-Einlagen, Füll-Leisten für jede Form
- Continental-Gummi-Absätze und-Ecken
- Sämtliche Putz- und Konservierungsmittel

CONRAD TACK & CO

Danzig, Große Wollwebergasse 14.

